

Zerstörung eines menschenfreundlichen Klimas

Teil III (SPD)

Nach 21 Jahren Verhandlung beschließen in Paris am 12.12.2015 197 Staaten einstimmig auf der größten Konferenz der gesamten Menschheitsgeschichte, gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, um die Erhöhung der weltweite Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen, mindestens aber deutlich unter 2 Grad zu bleiben. Deutschland hatte sich mit seiner SPD-Umweltministerin als eine der ersten Industrieländer auf die Seite der Länder geschlagen, die dieses ehrgeizige Ziel forderten und damit maßgeblich zum historischen Erfolg der Konferenz beigetragen. In ihrem Programm bekennt sich die SPD immer noch deutlich und relativ ausführlich zu diesem Ziel. Im Zentrum steht, ihre Forderung:

Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann. S.33

Klimaschutz muss leistbar sein. Alle Menschen müssen unabhängig von Einkommen, Vermögen oder Wohnort klimaneutral leben und teilhaben können. S. 33

Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. S.33

Damit suggeriert die SPD allerdings indirekt, dass es vor allem die ärmeren Leute seien, die dem Klimaschutz im Wege stehen, weil sie sich z.B. keinen Tesla leisten können und in schlecht gedämmten Mietwohnungen mit Öl oder Gasheizung wohnen. Damit sie auch klimafreundlich werden können, sollen sie für E-Autos und Wärmepumpen Zuschüsse bekommen. Dazu gehört auch die „Senkung der Strompreise“ S.7

Es ist aber genau umgekehrt. Es sind Reichen und Gebildeten, die weltweit, seit vielen Generationen das Klima zerstören, obwohl die katastrophalen Folgen seit 45 Jahren bekannt sind. Deren Konzerne erhalten Subventionen für Energie und können nun mit der daraus gewonnenen Macht erfolgreich Zuschüsse fordern, damit sie mit der Klima-Zerstörung endlich aufhören.

Dass sich die Uno-Klimakonferenz nach 21 Jahren erst viel zu spät und dann nur ohne Sanktionen auf ein gemeinsames Ziel einigen konnte, hat genau mit dieser Umkehrung zu tun. Die vielfach in größerer Armut lebenden Chinesen und Inder sollen das gleiche „leisten“ und dafür ein paar Zuschüsse bekommen. Die Verantwortung für die 1400 Milliarden Tonnen CO₂, die die westlichen Konzerne und ihre Staaten seit 170 Jahren in der Atmosphäre deponiert haben, wird nicht angesprochen.

Letztlich wird so die Zwickmühle, in der sich Menschen am Existenzminimum befinden oder sich tatsächlich keine höheren Energiepreise leisten können, von der SPD ausgenutzt, um steuerliche Zuschüsse zu durchzusetzen, die vor allem Autokonzernen, Hausbesitzern oder Energieunternehmen zu Gute kommen. Durch eine direkte Umverteilung könnten sie dagegen die viel geringeren Klima-Schäden, die sie verursachen, leicht bezahlen und man könnte Schäden in den Preisen abbilden.

Zerstörung eines menschenfreundlichen Klimas

Teil III (SPD)

Nach 21 Jahren Verhandlung beschließen in Paris am 12.12.2015 197 Staaten einstimmig auf der größten Konferenz der gesamten Menschheitsgeschichte, gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, um die Erhöhung der weltweite Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen, mindestens aber deutlich unter 2 Grad zu bleiben. Deutschland hatte sich mit seiner SPD-Umweltministerin als eine der ersten Industrieländer auf die Seite der Länder geschlagen, die dieses ehrgeizige Ziel forderten und damit maßgeblich zum historischen Erfolg der Konferenz beigetragen. In ihrem Programm bekennt sich die SPD immer noch deutlich und relativ ausführlich zu diesem Ziel. Im Zentrum steht, ihre Forderung:

Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann. S.33

Klimaschutz muss leistbar sein. Alle Menschen müssen unabhängig von Einkommen, Vermögen oder Wohnort klimaneutral leben und teilhaben können. S. 33

Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. S.33

Damit suggeriert die SPD allerdings indirekt, dass es vor allem die ärmeren Leute seien, die dem Klimaschutz im Wege stehen, weil sie sich z.B. keinen Tesla leisten können und in schlecht gedämmten Mietwohnungen mit Öl oder Gasheizung wohnen. Damit sie auch klimafreundlich werden können, sollen sie für E-Autos und Wärmepumpen Zuschüsse bekommen. Dazu gehört auch die „Senkung der Strompreise“ S.7

Es ist aber genau umgekehrt. Es sind Reichen und Gebildeten, die weltweit, seit vielen Generationen das Klima zerstören, obwohl die katastrophalen Folgen seit 45 Jahren bekannt sind. Deren Konzerne erhalten Subventionen für Energie und können nun mit der daraus gewonnenen Macht erfolgreich Zuschüsse fordern, damit sie mit der Klima-Zerstörung endlich aufhören.

Dass sich die Uno-Klimakonferenz nach 21 Jahren erst viel zu spät und dann nur ohne Sanktionen auf ein gemeinsames Ziel einigen konnte, hat genau mit dieser Umkehrung zu tun. Die vielfach in größerer Armut lebenden Chinesen und Inder sollen das gleiche „leisten“ und dafür ein paar Zuschüsse bekommen. Die Verantwortung für die 1400 Milliarden Tonnen CO₂, die die westlichen Konzerne und ihre Staaten seit 170 Jahren in der Atmosphäre deponiert haben, wird nicht angesprochen.

Letztlich wird so die Zwickmühle, in der sich Menschen am Existenzminimum befinden oder sich tatsächlich keine höheren Energiepreise leisten können, von der SPD ausgenutzt, um steuerliche Zuschüsse zu durchzusetzen, die vor allem Autokonzernen, Hausbesitzern oder Energieunternehmen zu Gute kommen. Durch eine direkte Umverteilung könnten sie dagegen die viel geringeren Klima-Schäden, die sie verursachen, leicht bezahlen und man könnte Schäden in den Preisen abbilden.

Das „Regierungsprogramm“ der SPD zur Bundestagswahl 2025. S.33

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf

Wir wollen, dass jeder klimaneutral werden kann.

Wir wollen einen **Paradigmenwechsel in der Klimapolitik**, der öfter auf gemeinschaftliche Lösungen setzt. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.

Sozialdemokratische Klimapolitik heißt, dass alle Menschen eine realistische Chance haben, auf klimaneutrale Lösungen umzusteigen. Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel, wie gebraucht wird. Denn unser Paradigmenwechsel heißt: **Klimaneutralität ist auch Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge**. Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden. Vor allem brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds als auch die Reform der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten. Wir sind davon überzeugt, dass wir unsere Klimaziele nur so sozial gerecht, effektiv und kosteneffizient erreichen können. Wo gemeinsame Infrastrukturen wie Wärmenetze oder guter ÖPNV das Problem nicht lösen können, setzen wir auf gezielte Förderung, damit sich alle den Umstieg leisten können.

Die von uns eingeführte **kommunale Wärmeplanung** ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.

Wir bekennen uns klar zu den **Klimazielen für Deutschland und die EU**. Wir müssen den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Wir unterstützen den **europäischen Green Deal**, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Eine Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen. Unsere Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen. Wir wissen um unsere Vorreiterrolle und werden daraus einen Vorteil für unser Land, unsere Menschen und den Standort Deutschland machen.

Es wird Haushalte geben, die werden von den steigenden Preisen für CO₂ besonders belastet und können nicht aus eigener Kraft umsteigen, weil sie keine Wahl haben. Das finden wir ungerecht. Ein Preis auf den Ausstoß von CO₂ für private Haushalte und kleine Unternehmen kann für uns immer nur ein ergänzendes Instrument sein. Der bereits gesetzlich beschlossene CO₂-Preis pro Tonne von

33

55 Euro in 2025 und maximal 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.

Windkraft und Fotovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion. Ihr konsequenter Ausbau und die Einbindung von Speichern macht unsere Energieversorgung sicher und dauerhaft bezahlbar. Damit diese geringen Kosten auch bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht weiter steigen. Bis es so weit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des **Strom-Spar-Checks** für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen. Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir eine bundesweite **Preisaufsicht für Fernwärme** einsetzen.

An Solarpaneelen oder Windrädern können viele teilhaben, nicht nur Hausbesitzer, sondern auch ganze Dorfgemeinschaften. Das fördert die Akzeptanz. Wir wollen darum die **dezentrale Versorgung mit Energie** weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis zum Bürgerwindpark (Energy Sharing). Denn, wenn das neue Windrad die Kita oder das Schwimmbad finanziert, hilft das der Gemeinde vor Ort und der Energiewende im ganzen Land.

Das „Regierungsprogramm“ der SPD zur Bundestagswahl 2025.S.33

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf

Wir wollen, dass jeder klimaneutral werden kann.

Wir wollen einen **Paradigmenwechsel in der Klimapolitik**, der öfter auf gemeinschaftliche Lösungen setzt. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.

Sozialdemokratische Klimapolitik heißt, dass alle Menschen eine realistische Chance haben, auf klimaneutrale Lösungen umzusteigen. Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel, wie gebraucht wird. Denn unser Paradigmenwechsel heißt: **Klimaneutralität ist auch Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge**. Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden. Vor allem brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds als auch die Reform der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten. Wir sind davon überzeugt, dass wir unsere Klimaziele nur so sozial gerecht, effektiv und kosteneffizient erreichen können. Wo gemeinsame Infrastrukturen wie Wärmenetze oder guter ÖPNV das Problem nicht lösen können, setzen wir auf gezielte Förderung, damit sich alle den Umstieg leisten können.

Die von uns eingeführte **kommunale Wärmeplanung** ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.

Wir bekennen uns klar zu den **Klimazielen für Deutschland und die EU**. Wir müssen den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Wir unterstützen den **europäischen Green Deal**, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Eine Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen. Unsere Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen. Wir wissen um unsere Vorreiterrolle und werden daraus einen Vorteil für unser Land, unsere Menschen und den Standort Deutschland machen.

Es wird Haushalte geben, die werden von den steigenden Preisen für CO₂ besonders belastet und können nicht aus eigener Kraft umsteigen, weil sie keine Wahl haben. Das finden wir ungerecht. Ein Preis auf den Ausstoß von CO₂ für private Haushalte und kleine Unternehmen kann für uns immer nur ein ergänzendes Instrument sein. Der bereits gesetzlich beschlossene CO₂-Preis pro Tonne von

33

55 Euro in 2025 und maximal 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.

Windkraft und Fotovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion. Ihr konsequenter Ausbau und die Einbindung von Speichern macht unsere Energieversorgung sicher und dauerhaft bezahlbar. Damit diese geringen Kosten auch bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht weiter steigen. Bis es so weit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des **Strom-Spar-Checks** für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen. Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir eine bundesweite **Preisaufsicht für Fernwärme** einsetzen.

An Solarpaneelen oder Windrädern können viele teilhaben, nicht nur Hausbesitzer, sondern auch ganze Dorfgemeinschaften. Das fördert die Akzeptanz. Wir wollen darum die **dezentrale Versorgung mit Energie** weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis zum Bürgerwindpark (Energy Sharing). Denn, wenn das neue Windrad die Kita oder das Schwimmbad finanziert, hilft das der Gemeinde vor Ort und der Energiewende im ganzen Land.